

handeln. Wir werden also direkt über den Antrag abstimmen.

Wer möchte dem **Antrag Drucksache 15/212** seine Zustimmung geben? – Die Fraktion der FDP und die Fraktion der CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der Grünen, der SPD und Die Linke. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir kommen zu:

10 Umsteuern – Umverteilung von oben nach unten

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/198

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat der Abgeordnete Sagel.

(Rüdiger Sagel [LINKE] steht am Rednerpult. – Anhaltende Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich miteinander unterhalten wollen, gehen Sie bitte nach draußen. Es ist in diesem Hause bisher üblich, dass man den Rednerinnen und Rednern zuhört.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich versuche bei diesem unerträglichen Lärm mit etwas lauterer Stimme durchzudringen. Wir haben einen konkreten Antrag gestellt: „Umsteuern – Umverteilung von oben nach unten“.

(Anhaltend Unruhe – Glocke)

Wir erleben seit Jahren, dass die Vermögensverteilung in Deutschland immer ungerechter wird. Sie driftet seit Jahren immer weiter auseinander: Reiche werden immer reicher, Arme immer ärmer. Aus unserer Sicht ist es dringend notwendig, dass wir hier über eine Umverteilung ...

(Zuruf: Ich kann nichts verstehen!)

– Sie können nichts hören? Ich weiß nicht, woran es liegt. Ich habe schon eine laute Stimme. Aber viel lauter kann ich auch nicht mehr reden.

Aus unserer Sicht ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, dass wir in Deutschland zu einer neuen Steuerpolitik kommen. Uns ist natürlich bekannt, dass die Landesregierung und das Land Nordrhein-Westfalen nur sehr beschränkte steuerpolitische Kompetenzen haben. Nichtsdestotrotz halten wir es für notwendig – da es mittlerweile im Bundesrat eine neue Mehrheit gibt –, aus Nordrhein-Westfalen Bundesratsinitiativen für eine gerechtere Steuerverteilung zu initiieren. Das gilt insbesondere für höhere Spitzensteuersätze, natürlich aber auch die Ver-

mögenssteuer, eine Millionärssteuer. All das sind Aspekte.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine katastrophale Haushaltssituation. Durch den Nachtragshaushalt werden wir in diesem Jahr eine vermutlich noch höhere Verschuldung erleben, als wir sie sowieso schon haben. Wir werden auch im nächsten Haushalt eine Milliardenneuerschuldung haben.

Aus unserer Sicht ist es daher dringend notwendig, etwas für die Einnahmeseite zu tun. Deswegen müssen wir nicht nur das tun, was in Nordrhein-Westfalen notwendig ist, was aber – ich wiederhole es immer wieder – im Nachtragshaushalt auch noch nicht realisiert ist, dass es nämlich zusätzliche Steuer- und Finanzprüfer geben soll, sondern auch auf Bundesebene muss das eine oder andere steuerpolitisch gemacht werden.

(Anhaltend Unruhe – Glocke)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Entschuldigung, Herr Abgeordneter Sagel. – Können wir vielleicht dazu kommen, dass Sie Ihre Gespräche nach draußen verlagern, und, wenn Sie unbedingt und dringend sprechen müssen, das etwas leiser tun, damit wir zu einem geordneten Sitzungsbetrieb zurückkommen? – Danke.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Da sind Sie die Richtige, Frau Präsidentin!)

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Gut, das Wesentliche ist gesagt. Die Uhr ist leider weiter gelaufen. Nichtsdestotrotz haben wir eine extrem hohe Staatsverschuldung. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine extrem hohe Verschuldung. Wir müssen etwas tun – deswegen unser Antrag.

Ich habe gerade im Fernsehen gesehen, dass es bei den Bürgerprotesten in Stuttgart – Stuttgart 21 – zahlreiche Verletzte und teilweise wohl auch Schwerverletzte gegeben hat. Das ist eine sehr bedenkliche Situation, und ich hoffe, dass der Bürgerprotest nicht auf diese Art und Weise zum Schweigen gebracht werden soll. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sagel. – Für die CDU spricht Herr Krückel.

Bernd Krückel (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich hat es der Antrag der Fraktion Die Linke nicht verdient, hier seriös behandelt zu werden, und der Beitrag von Herrn Sagel noch viel weniger.

(Beifall von der CDU)

Herr Sagel, Sie haben keinen Antrag gestellt, Sie haben Phrasen aneinandergereiht.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der CDU: So ist es!)

Ich habe selten so viel klassenkämpferischen Gedankenmüll gelesen wie im vorliegenden Antrag.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich will aus dem schriftlichen Gedankenwirrwarr nur zwei Sätze aufgreifen, weil man solchen Unsinn nicht gänzlich unkommentiert lassen kann.

Im zweiten Absatz schreiben die Linken in Satz 1, dass die Staatsverschuldung im Haushaltsjahr 2010 einen Rekordstand von 82 Milliarden € erreichen würde. Woher haben Sie solche Zahlen? Die künden doch von vollkommener Ahnungslosigkeit. Die Verschuldung des Landes NRW betrug 2005 bereits mehr als 110 Milliarden €. Alleine die Neuverschuldung der öffentlichen Hand ist im Jahr 2010 höher als das, was Sie an Schuldenstand ermittelt haben. Wenn Sie einen Landtag mit Ihren Thesen bemühen, sollten Sie deutlich mehr Engagement und Wissen in Ihre Anträge packen als in den vorliegenden Antrag.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Staatsverschuldung! Ich rede nicht von NRW! In welchem Staat leben Sie eigentlich?)

Im zweiten Absatz in Satz 2 schreibt Die Linke, eine Millionärsteuer von 5 % würde zusätzliche Einnahmen von 80 Milliarden € ermöglichen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon Willy Brandt konnte sich 1 Milliarde nicht vorstellen; er war der Meinung, 1 Milliarde seien 100 Millionen. Vermutlich sitzen ähnliche Rechenexperten in der Fraktion der Linken.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wie viel Geld haben Sie an die Banken gegeben? 480 Milliarden!)

– Herr Sagel, bleiben Sie doch mal sachlich! Sie hatten doch vorhin Zeit, zum Antrag zu reden, haben aber von Stuttgart gesprochen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Nutzen Sie Ihre Redezeit, um über Ihren Antrag zu reden! Dann können wir uns damit auseinandersetzen.

Sie schreiben, 5 % Vermögensteuer würden zusätzliche Einnahmen von 80 Milliarden € ermöglichen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, um 80 Milliarden € an Vermögensteuer zu erzielen, wie es uns die Linken vorrechnet, bedarf es eines Vermögens von 1 Billion 600 Milliarden €. Verehrte Linke, wo sitzen die deutschen Millionäre, die in der Summe über solche Vermögen verfügen?

Machen Sie Ihre Hausaufgaben! Lernen Sie rechnen! Dann können wir uns über Ihre Anträge unterhalten. Der uns vorliegende Antrag wird jedenfalls

nicht die Zustimmung der CDU finden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Krückel. – Für die SPD spricht Herr Hahnen.

Ulrich Hahnen (SPD): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ein Grundverständnis für das Anliegen des Antrags der Fraktion Die Linke hegen wir sehr wohl.

(Beifall von Rüdiger Sagel [LINKE])

Denn es zeugt von Steuergerechtigkeit. Das haben Sie auch, lieber Herr Sagel, perfekt aus dem Koalitionsvertrag von Rot-Grün abgeschrieben. Sie haben noch ein bisschen was dazugedichtet. Das, was Sie dazugedichtet haben, ist dann die Ideologie, die Sie mit dem Begriff „Umverteilung“ bezeichnet haben.

Wir als Koalition und auch die Landesregierung wollen keine Ideologie. Wir wollen Gerechtigkeit. Wir wollen, dass sich die Stärkeren in der Gesellschaft auch stärker an den Kosten beteiligen. Wir wollen eine sozial gerechtere Form der Einkommensteuer, auch mit Anhebung des Spitzensteuersatzes, ohne in die Vokabeln des Klassenkampfes abzurutschen. Wir wollen eine ausgewogene Beteiligung an den Steuerlasten. Wir wollen diese Mehreinnahmen in die Zukunftsaufgaben unseres Landes, vor allem in die Bildung, investieren.

Wir wollen auch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, Herr Sagel, nach dem Motto, dass starke Schultern den schwachen Schultern helfen müssen. Wir wollen diejenigen beteiligen, die sich derzeit in Steueroasen flüchten oder durch irgendwelche Schlupflöcher der Steuergerechtigkeit entkommen. Das dient auch dazu, die öffentlichen Haushalte wieder zu stärken, auch den Landeshaushalt.

Wir wollen eine Finanzmarkttransaktionssteuer, die stabile Verhältnisse schafft und eine nachhaltige Wirtschafts- und Finanzordnung wiederherstellt. Aber das wollen wir im Einklang mit der Europäischen Gemeinschaft. Ja, das heißt: Anhebung des Spitzensteuersatzes auch mit der SPD und den Grünen – das können Sie im Koalitionsvertrag nachlesen –, ebenso Vermögensteuer und Finanzmarkttransaktionssteuer.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Warum haben Sie das nicht schon gemacht, sondern genau das Gegenteil von dem gemacht, was Sie da erzählen?)

Aber das, was CDU und FDP vorhaben – Herr Krückel, Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass Sie den Antrag ablehnen werden –, liegt doch nur daran, dass das, was hier gefordert wird, ihrer Klientelpolitik absolut widerspricht. Sie bezeichnen das

Ganze als Klassenkampf, und damit haben Sie sich selber disqualifiziert.

(Beifall von der SPD)

Stattdessen kommen sie zu dem Ergebnis, dass Sie gegen Spendenquittung entsprechende Steuergeschenke machen müssen wie zuletzt an die Hoteliers.

Noch ein letzter Punkt zum Antrag der Fraktion Die Linke, das Thema „Klimafreundliche Umgestaltung der Energiebesteuerung“. Ja, innerhalb eines Gesamtkonzeptes ist dieses Ziel erstrebenswert. Aber was macht die schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene? Sie verlängert die Laufzeiten der Atomkraftwerke. Das ist ein völlig falsches Signal. Da Nordrhein-Westfalen Sitzland der großen Konzerne E.ON und RWE ist, werden in Nordrhein-Westfalen durch den Abzug der Brennelementesteuer Millio-neneinnahmen ausfallen, die wir für den Haushalt dringend brauchen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Hahnen.

Ulrich Hahnen (SPD): Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, freue ich mich, dass die Landesregierung, gestützt auf den Koalitionsvertrag, im Bundesrat ideologiefrei

(Lachen von der CDU)

Initiativen für mehr Steuergerechtigkeit ergreifen wird.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich lade Sie alle ein, sich an den Initiativen für ein Mehr an Steuergerechtigkeit zu beteiligen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Hahnen. Als ich versucht habe, Herrn Hahnen zu unterbrechen, wollte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitten, etwas aufmerksamer zu sein, weil dies die erste Rede des Kollege Hahnen war

(Allgemeiner Beifall)

und er ein bisschen mehr Achtung und Respekt verdient.

Es spricht jetzt für die Grünen Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um das ganz klar zu sagen: Auch wir haben Verständnis für die Intention des Antrages. Die Medaille der soliden Haushaltspolitik, von der Sie, meine Damen und

Herren von der Opposition, immer sprechen, hat zwei Seiten. Die eine Seite der Medaille ist, dass man effizient wirtschaften und Schwerpunkte auf der Ausgabenseite setzen muss; man muss klar entscheiden, welche Dinge zu tun sind und auf welche man möglicherweise verzichten kann. Die andere Seite der Medaille ist aber ein stabiles und vor allem ein gerechtes Einnahmensystem; ein solches ist in Deutschland im Moment nicht vorhanden.

In dem schwarz-gelben Koalitionsvertrag auf Bundesebene wurde das steuerpolitische Fass aufgemacht. Darin stehen Dinge wie die Abschaffung der Gewerbesteuer. Wir haben heute schon länger darüber geredet, aber ich will das noch einmal in Erinnerung rufen: Die Kompensation würde 42 Milliarden € kosten. Das bedeutet eine Anhebung der Umsatzsteuer um mindestens viereinhalb Prozentpunkte, wenn man das komplett über die Umsatzsteuer finanzieren wollte. Oder wollen Sie 42 Milliarden € aus dem Bundeshaushalt auf die Länder und Kommunen übertragen? Das glaubt Ihnen doch kein Mensch.

Ein weiterer Punkt ist die Umsatzsteuerreform. Im Koalitionsvertrag steht auch, dass das Steuerrecht einfacher gemacht werden soll. Als Erstes wurde aber die Umsatzsteuer verunstaltet. Das Bundesfinanzministerium hat zwölf Seiten gebraucht, um den Finanzämtern diese Umgestaltung zu erklären. Es ist ein Genuss, das zu lesen, wie es überhaupt ein Genuss ist, den § 11 des Umsatzsteuergesetzes zu lesen. Das kann ich nur allen empfehlen.

Weiterhin steht im Koalitionsvertrag nach wie vor – Gott sei Dank sind Sie aufgrund der Umfragewerte davon abgekommen –, dass über die Entlastung bei der Einkommensteuer hinaus eine weitere Entlastung in der Größenordnung von 24 Milliarden € vorgenommen werden soll. Das würde für Nordrhein-Westfalen bedeuten, dass wir im Landeshaushalt weitere 1,7 Milliarden € verlieren und dass die Kommunen zusätzliche Verluste in Höhe von 500 Millionen € bis 700 Millionen € hätten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, das macht doch deutlich, wo es eine Schieflage in diesem Lande gibt. Auf Bundesebene vernachlässigen Sie immer die Einnahmeseite und entlasten diejenigen, die ohnehin über bessere Einkommen verfügen. Das ist die Schieflage, und in dieser Analyse sind wir uns mit den Linken durchaus einig.

Nicht einig sind wir uns mit ihnen in der Art und Weise des Umgangs mit diesem Thema. Ich muss Herrn Krückel darin zustimmen, dass der Antrag eine Aneinanderreihung von Textbausteinen ist. Man könnte jetzt auch einzelne Punkte des Beschlussvorschlages vorlesen. Unter Punkt 3 heißt es zum Beispiel: „Der Landtag NRW fordert die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer.“ – Zu welchem Tarif? In welcher Ausgestaltung? Wie soll das im Detail aussehen? Das ist alles ein bisschen einfach gestrickt. Deswegen könnten wir die-

sem Antrag, wenn er heute zur Abstimmung gestellt würde, auch nicht zustimmen.

Herr Kollege Sagel, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken, wenn Sie ernsthaft darüber diskutieren wollen, wie das Land im Sinne einer vernünftig ausgestalteten Vermögensteuer initiativ werden kann, sagen wir Ihnen zu, dass wir diskursbereit sind. Das ist überhaupt keine Frage. Das steht auch in unserem Koalitionsvertrag, und dazu hätte es keiner Aufforderung durch Ihren Antrag bedurft. Das haben wir im Juli ohnehin schon fest vereinbart.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die CDU-Fraktion hat es sich nicht nehmen lassen, morgen zwei weitere Male die Konsolidierung der Landesfinanzen auf die Tagesordnung zu setzen. Deshalb will ich mich jetzt kurz fassen; darüber können wir dann morgen früh in etwas besserer körperlicher Konstitution diskutieren.

Ich möchte damit schließen, dass wir uns sehr wohl für Einnahmeverbesserungen zulasten stärkerer Schultern und zur Entlastung schwächerer Schultern einsetzen werden. Mit der Machart des Antrags ist man aber zu kurz gesprungen. Wir grenzen uns außerdem sehr klar von dem ab, was CDU und FDP im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vorhaben, nämlich die Lösung des Problems einseitig auf der Ausgabenseite zu suchen und die Einnahmeseite bei der Steuer- und Finanzpolitik vollständig auszublenden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Mostofizadeh. – Für die FDP spricht jetzt Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wäre schade, wenn ein interessantes, viel diskutiertes und immens wichtiges Thema wie das der gerechten Besteuerung hier und heute unter diesem Titel und ausschließlich mit diesem Tenor diskutiert würde, denn es hat eine bessere Behandlung verdient.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Wer sich den Antrag mit seinen steuerpolitischen Vorstellungen und Forderungen durchliest, kann sich nur wundern. Wir werden sicherlich noch viele Gelegenheiten haben, die einzelnen Aspekte zu diskutieren. Es ist schon darauf hingewiesen, dass das schon morgen wieder der Fall sein wird. Auch in den nächsten Wochen und Monaten wird sich sicherlich immer wieder eine Gelegenheit dazu ergeben. Daher möchte ich heute nur auf zwei Aspekte eingehen:

Die Bürger stellen dem Staat Steuergeld zur Verfügung, damit er im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, also im Interesse des Gemeinwohls, Aufga-

ben wahrnimmt. Soweit ist das auch gut. Der Staat muss dafür die Angemessenheit der Steuererhebung unter Beweis stellen. Dann erhält er auch die Akzeptanz für die Besteuerung.

Deswegen halte ich nichts davon, pauschal nur über Steuererhöhungen nachzudenken, ohne dies in einen Zusammenhang mit der Diskussion um die wahrgenommenen staatlichen Aufgaben und gerade der Konsolidierung und Beschränkung der öffentlichen Haushalte zu stellen. Steuererhöhungen stellen im Zusammenspiel von Einnahmen und Ausgaben immer den letzten Ausweg dar. Sie kommen nur dann infrage, wenn alle Aufgaben unabweisbar notwendig und alle Effizienzpotenziale ausgeschöpft sind.

Das zu prüfen und gegebenenfalls nachzuweisen, schuldet der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern, bevor er ihnen im Wege des Zwangs einen Teil ihres erarbeiteten Vermögens und Einkommens abnimmt. Solche Überlegungen gibt es in diesem Antrag überhaupt nicht.

Es kann auch nicht einfach jede Art der Besteuerung zu jedem Zeitpunkt gewählt werden, wie das im Antrag suggeriert wird. Der Spitzensteuersatz wurde seinerzeit von der rot-grünen Bundesregierung abgesenkt, weil seit den 90er-Jahren gerade Kapital und die Gutverdienenden viel mobiler geworden sind. Die Globalisierung und die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes haben dabei eine maßgebliche Rolle gespielt.

Das ist auch der Grund dafür, dass sich die Steuersätze heutzutage international immer stärker angleichen. Eine Wiederanhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 % zum Beispiel wird daher auch von keinem halbwegs seriösen Experten gefordert.

Ein Gebot der Gerechtigkeit, wie Steuererhöhungen in dem Antrag irrigerweise bezeichnet werden, wäre es vielmehr, immer weniger neue Schulden zu machen und den starken Staat auf seinen Kern zu beschränken, als immer weiter den Bürgerinnen und Bürgern in ihr Portemonnaie zu greifen.

Genauso wenig interessiert die antragstellende Fraktion ganz offensichtlich, ob ihre Vorstellungen anreizkompatibel, leistungsfreundlich oder auch nur leistungsgerecht sind. Denn alles, was in diesem Land verteilt werden soll, muss zuvor von jemandem tatsächlich erwirtschaftet werden. Das macht sich eben nicht von selbst. Ein Steuersystem sollte bei aller berechtigten Notwendigkeit für den Staat, seine Aufgaben auch aus Steuereinnahmen zu decken und zu generieren, auch diesen Aspekt berücksichtigen.

Die FDP fordert, statt über Steuererhöhungen nachzudenken, erst einmal das bestehende Steuersystem spürbar zu vereinfachen. Das ausufernde deutsche Steuersystem ist eben längst zu einer Wachstumsbremse geworden. Eine Reduzierung der Komplexität wird Wachstumseffekte sowohl in

Bezug auf die Wirtschaftsleistung als auch auf die Steuereinnahmen nach sich ziehen.

Ein zentraler Grund für die immer dichter werdende Komplexität des Steuersystems ist die Vermengung von Sozial- und Steuerpolitik. Dies sehen wir etwa bei den zahlreichen Sondertatbeständen im Einkommensteuerrecht oder den teilweise kaum noch verständlichen Anwendungsbereichen des reduzierten Mehrwertsteuersatzes.

Wo bleibt denn da die Forderung nach der Abschaffung zum Beispiel der kalten Progression, die schon heute Facharbeiter mit dem Spitzensteuersatz belegt? Das kann doch nicht leistungsgerecht sein. Hier müssten wir einfach mit einer anderen Sachlichkeit in die Diskussion einsteigen.

Das Steuerrecht gerechter auszugestalten, ist notwendig. Daran arbeiten wir. Vielleicht ergeben sich im Ausschuss gute Anregungen für dieses Ziel. Der Antrag ist dafür aus unserer Sicht kein geeigneter Beitrag, außer dass er einen erneuten Anlass für die Diskussion gibt. Wir werden im Ausschuss noch ausführlicher debattieren können. Der Überweisungsempfehlung stimmen wir zu, den Forderungen des Antrags allerdings nicht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Dr. Walter-Borjans das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion Die Linke hat nicht zum Ziel, sich mit Vereinfachungen von Steuersystemen zu beschäftigen. Es geht vielmehr um das Thema „Umsteuern – Umverteilung von oben nach unten“.

Es sind wie so oft ein paar diagnostische Feststellungen gemacht worden, bei denen man klar sagen muss: Sie bewegen jeden. Sie treffen zu. Das Problem ist immer die Therapie, die man anwendet, beziehungsweise die Dosierung, in der diese Therapie erfolgt.

Die vier Ziele, die Sie in dem Antrag verfolgen, lauten: Sie treten für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ein. Wer tut das nicht? Das ist absolut richtig. Ich stimme Ihnen auch eindeutig zu, dass das nicht nur durch Effizienzsteigerung und Aufgabekürzung zu machen ist. Dazu gehört auch die dritte Stellschraube, mehr Einnahmen zu generieren.

Jeder, der sich mit der Lage der Haushalte – sei es mit den kommunalen, des Landes- oder des Bundeshaushalts – intensiv beschäftigt, kommt zu dem Ergebnis: Man kann sie ein Stück effizienter machen. Aber wer glaubt, wie das oft vom Bund der Steuerzahler dargestellt wird, dass man nur besser

wirtschaften muss, um alle Ansprüche beibehalten zu können, ohne Steuern zu erhöhen und ohne mehr Verschuldung, lebt nicht in der Realität. Insofern ist es richtig, darüber nachzudenken, an welcher Stelle Steuereinnahmen generiert werden können.

Der zweite Punkt, der damit zusammenhängt, lautet: Steuergerechtigkeit herstellen. Das bedeutet natürlich, den Satz, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache, ernst zu nehmen und beim Steuersystem darauf zu achten, dass das auch beherzigt wird.

Wie oft lesen wir in letzter Zeit, dass gerade Vermögende selbst diesen Anteil an der Gesamtsituation im Land ernst nehmen, dass sie selber den Vorschlag machen: Man kann den Spitzensteuersatz ein Stück weit anheben. Man kann über Vermögenssteuern nachdenken. – Das ist auch richtig so.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sprechen das Thema „Krisen vorab bekämpfen“ an. Es ist richtig, dass man sich über Transaktionssteuern für den Finanzmarkt Gedanken macht und schaut, welchen Spielraum es gibt und wie man dazu beitragen kann, dass das große Spiel nicht mehr für sich selbst stattfindet, sondern Bodenhaftung bekommen und einen realen Hintergrund haben muss.

Zum Schluss haben Sie gefordert, den Klimaschutz zu fördern. Auch hier kann man nur sagen: Das ist richtig. Das Problem ist eben nur die Ausgestaltung. Dabei werden die Rezepte zu einfach. Es wird nicht beachtet, dass man natürlich auch beobachten muss, wie Märkte reagieren. Wir haben nicht Menschen und Unternehmen vor uns, die einfach nur herumstehen und sich sagen lassen, was sie zu bezahlen haben. Sie machen ihre Reaktion letztendlich auch ein Stück davon abhängig, ob die Dosierung stimmt.

Hierzu haben wir ja selbst eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Dazu gehört es, die Vermögensteuer wieder einzuführen. Dazu gehört es, den Spitzensteuersatz anzuheben. Dazu gehört es, Transaktionssteuern auf den Finanzmärkte zu etablieren – wobei man auch sehen muss, inwiefern das überhaupt im Alleingang geht und wie weit man das mit der Europäischen Union abstimmen muss. Dazu finden bei der EU-Kommission Gespräche und Untersuchungen statt. Dort sind sie richtig angesetzt.

Aus diesem Grund sagen wir: Das Rezept, das hier angeboten wird, funktioniert so nicht. Die Zielsetzung ist durchaus eine, über die man gemeinsam reden kann und auch weiter reden muss.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/198** an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung erfolgt.

Ich rufe auf:

11 Klares Bekenntnis zur sozialen Wohnraumförderung ablegen: bedarfsgerechte soziale Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen beibehalten

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/210

Ich eröffne die Beratung. – Für die CDU-Fraktion gebe ich dem Herrn Abgeordneten Schemmer das Wort.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute waren die zentralen Themen „Bildung“ und „Finanzen“. Für Nordrhein-Westfalen ist aber sicherlich auch das Thema „Wohnen“ wichtig. Wir brauchen preiswerte Wohnungen für die finanzschwächere Hälfte unserer Bevölkerung.

Schauen wir uns einmal die Zahlen des Wohnungsbaus an. In Nordrhein-Westfalen haben wir 8,5 Millionen Wohnungen. Wollten wir jährlich 1 % des Bestandes ersetzen, bräuchten wir also 85.000 neue Wohnungen pro Jahr. Das haben wir in den 90er-Jahren auch geschafft. Bis 2005, als die Steuerrechtsänderung kam, gab es gerade noch 50.000 neue Wohnungen. Derzeit sind es rund 35.000.

Davon wird ein Drittel, nämlich die Wohnungen für die Einkommensschwächeren, mit öffentlichen Mitteln gefördert. Nordrhein-Westfalen verfügt im Vergleich zu allen anderen Bundesländern über eine einmalige Wohnraumförderung für die einkommensschwachen Haushalte, und zwar sowohl im Mietwohnungsbau als auch bei den Eigentumsmaßnahmen. Daneben gibt es noch einige Sonderprogramme der Wfa.

Bei allen Unterschieden im Detail kann ich feststellen: Von 1949 bis jetzt gab es einen breiten Konsens von CDU, SPD und FDP sowie seit 1990 den Grünen in der Frage der Wohnungsbauförderung – selbst als das Wfa-Vermögen in der WestLB und später in der NRW.BANK haftendes Eigenkapital wurde.

Bei der Landtagsanhörung zur Vollintegration der Wfa in die NRW.BANK haben Städtetag, Städte- und Gemeindebund, Landkreistag, Bauwirtschaft, Architektenkammer, Ingenieurkammer-Bau und Bund Deutscher Baumeister mindestens 1 Milliarde € jährlich für den sozialen Wohnungsbau gefordert. Diese 1 Milliarde € sollte sogar ins Gesetz geschrieben werden. Rot und Grün haben dies massiv unterstützt. Wir von CDU und FDP haben zugesagt: Jawohl, wir stellen die 1 Milliarde € sicher – in 2008 fast 1 Milliarde €, in 2009 1,14 Milliarden €, in 2010 wieder 1 Milliarde €. Wir haben zugesagt: Jedes Vorhaben, das die Fördervoraussetzungen erfüllt, wird auch gefördert.

Jetzt ist es Aufgabe dieses Landtages, das, was Rot-Grün gesetzlich geregelt haben wollte und was wir bis heute durch praktisches Tun sichergestellt haben, nämlich mindestens 1 Milliarde € für die Wohnraumförderung zur Verfügung zu stellen, auch über die Landesregierung an die NRW.BANK weiterzugeben. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Ott das Wort.

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Verständnis von sozialer Wohnraumförderung ist ein ganzheitliches. Es beginnt mit dem Erhalt und der Pflege von sozialen Wohnbeständen. Es geht weiter mit der zielgerichteten und bedarfsgerechten Förderung von sozialem Wohnungsbau. Es umfasst auch, den Mieterinnen und Mietern soziale Sicherheit und angemessene Lebensbedingungen zu sichern.

Nichts, aber auch gar nichts davon können Sie sich, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, auf Ihre Fahnen schreiben. In keinem dieser Bereiche haben Sie etwas Positives erreicht.

(Beifall von der SPD)

Die Entwicklung in Ihrer Regierungszeit ist noch nicht einmal von Untätigkeit geprägt gewesen, sondern von aktiver Politik gegen die soziale Ausrichtung der Wohnungspolitik in diesem Land.

(Beifall von der SPD und von Arif Ünal [GRÜNE])

In vielen Teilen des Landes haben Sie einen aktiven Feldzug gegen den geförderten Wohnungsbau unternommen. Sie haben sich zum Teil damit gebrüstet, dass Sie Teile von Städten in diesem Land frei von Sozialwohnungsbau oder zumindest nur gering davon betroffen gehalten haben.

Jetzt kommen Sie mit diesem Antrag hierher, meine Damen und Herren von der CDU, als seien Sie die Hüter und Bewahrer der sozialen Wohnraumförde-